

Das öffentliche Recht der Gegenwart

Die

Neuordnung der Regierungsverhältnisse

in

B r a u n s c h w e i g

1 9 0 7

UB Braunschweig

84



2304-104-6

60 13/19 11
2304-1046

Das Oeffentliche Recht der Gegenwart.

In Verbindung mit einer grossen Anzahl hervorragender Schriftsteller des In- und Auslandes

herausgegeben von

Dr. Georg Jellinek,

Professor an der
Universität Heidelberg.

Dr. Paul Laband,

Professor an der
Universität Strassburg.

Dr. Robert Piloty,

Professor an der
Universität Würzburg.

Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) in Tübingen.

Die

Neuordnung der Regierungsverhältnisse in Braunschweig.

Von

A. Rhamm, Braunschweig.

Separatabdruck aus dem Jahrbuch des Oeffentlichen Rechts I 1907.

Dieser Separatabzug ist nur durch die
Schulbuchhandlung in Braunschweig für 60 Pf. zu beziehen.

Das Öffentliche Recht der Gegenwart.

hat sich die Aufgabe gesetzt, das in den meisten seiner Teile veraltete und in kurzer Zeit sich abschliessende „Handbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart“ von Marquardsen und Seydel zu ersetzen.

Staats- und Verwaltungsrecht der wichtigen Staaten der Erde und alle diesem umfangreichen Rechtsgebiete nahestehenden **allgemeinen Lehren** sollen im Oe. R. d. G. eine dem neuesten Stande der Sache in jeder Richtung möglichst gerecht werdende, wissenschaftliche Darstellung erfahren.

In **zwei Hauptteilen** wird es erscheinen:

- I. in einem **systematischen Teil**,
- II. in einem **fortlaufenden Teil**.

Der **systematische Teil** umfasst die Monographien, welche den einzelnen Staatsrechten und allgemeinen Lehren gewidmet sind. Diese Monographien sind hinsichtlich des Umfangs nach dem Gesichtspunkte bemessen, dass möglichst alles Wichtige in übersichtlicher Klarheit, quellenmässiger Begründung und gedrängter Kürze und Vollständigkeit zur Darstellung kommen kann. Den einzelnen Bänden wird, soweit nötig, als **Anhang der Text der Verfassung** beigegeben.

Der **fortlaufende Teil** besteht in einem

Jahrbuch des Oeffentlichen Rechts,

welches von den Herausgebern redigiert wird. Es soll bringen:

1. **Abhandlungen und Aufsätze** von allgemeinem wissenschaftlichem Interesse aus dem ganzen Gebiet des öffentlichen Rechts;

2. **Berichte über den Fortgang der Gesetzgebung** auf dem Gebiet des Staats- und Verwaltungsrechts aller Staaten der Erde. Diese Berichte werden zum Teil im Abdruck von Gesetzestexten, zum Teil in Referaten bestehen und in der Regel von den Herren **Verfassern** der **systematischen** Darstellungen geliefert werden; dadurch ist der denkbar engste Zusammenhang der beiden Hauptteile des Gesamtwerkes hergestellt.

Das Oe. R. d. G. wird wohl in keiner grösseren und wissenschaftlichen Bibliothek fehlen dürfen.

Die Neuordnung der Regierungsverhältnisse in
Braunschweig.

Von

A. Rhamm, Braunschweig.

FRIEDR. VIEWEG & CO. IN-
BRAUNSCHWEIG

Am 13. September 1906 verschied auf seinem Schlosse Camenz in Schlesien der Prinz Albrecht von Preussen, nachdem er seit dem 2. November 1885 die Geschicke des Herzogtums Braunschweig mit hingebender Fürsorge als Regent geleitet hatte — „ein echt deutscher Fürst, ein ritterlicher Zeuge der Ruhmeszeit unseres deutschen Vaterlandes, ein Vorbild deutscher Treue gegen Kaiser und Reich, wie gegen das Braunschweiger Land“.

Die Regentschaft war eingesetzt worden auf Grund des Bundesratsbeschlusses vom 2. Juli 1885 und der Bestimmungen des braunschweigischen Gesetzes, die provisorische Ordnung der Regierungsverhältnisse bei einer Thronerledigung betreffend, vom 16. Februar 1879 Nr. 3. Der Beschluss des Bundesrats hatte die Regierung des erbberechtigten Thronfolgers, Herzogs Ernst August von Cumberland, da „er sich in einem dem reichsverfassungsmässig gewährleisteten Frieden unter Bundesgliedern widerstreitenden Verhältnis zum Bundesstaat Preussen befinde und im Hinblick auf die von ihm geltend gemachten Ansprüche auf Gebietsteile dieses Bundesstaates“, für unvereinbar erklärt mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung. Im § 6 des bezeichneten Landesgesetzes aber war für den Fall, dass der Regierungsantritt des Thronfolgers oder die Uebernahme der Regierungsverwesung durch einen verfassungsmässig berechtigten Regenten nicht innerhalb eines Jahres seit der Thronerledigung stattgefunden habe, vorgeschrieben, dass die Landesversammlung auf Vorschlag des Regentschaftsrats einen Regenten aus den volljährigen, nicht regierenden Prinzen der zum deutschen Reiche gehörenden souveränen Fürstenhäuser zu wählen habe, von welchem dann die Regierungsverwesung bis zum Regierungsantritte des Thronfolgers fortzuführen sei. Eine etwa erforderliche Wiederholung der Wahl hatte nach dem Gesetz „in gleicher Weise“ — doch nicht wiederum erst nach Ablauf einer weiteren einjährigen Frist¹⁾ — zu erfolgen.

Nach dem Tode des Prinzen bestand kein Zweifel darüber, dass die Behinderung des

1) Entsprechend einer gleichmässigen Aus- und Landtag.
legung der Gesetzesbestimmung durch Regierung

Herzogs von Cumberland an der Uebnahme der Regierung unvermindert fort dauere. Das Staatsministerium trat daher mit den übrigen gesetzlich berufenen Mitgliedern des Regentschaftsrats unverzüglich zusammen¹⁾. Am 13. September erfolgte mittelst einstimmigen Beschlusses die Konstituierung des Regentschaftsrats. Sie ward noch am gleichen Tage mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis gebracht, dass der Regentschaftsrat die provisorische Regierung des Herzogtums nach Massgabe des Gesetzes vom 16. Februar 1879 führen werde²⁾.

Eine Verordnung vom folgenden Tage berief die Landesversammlung auf den 21. September zu einem ausserordentlichen Landtage ein. Der Vorsitzende des Regentschaftsrates, Staatsminister Dr. jur. von Otto, eröffnete die erste Sitzung mit einer Thronrede, die der Trauer um den Heimgang des Regenten unter Hervorhebung der vielfachen Verdienste desselben um das Land Ausdruck gab und Tags darauf in gleichem Sinn von der Landesversammlung erwidert ward, die ordnungsmässigen Formalien fanden Erledigung und eine „staatsrechtliche Kommission“ von 7 Landtagsmitgliedern erhielt den Auftrag, über die in der Thronfolgefrage weiter zu ergreifenden Schritte — soweit erforderlich, in Verbindung mit dem Ministerium — zu beraten.

Innerhalb der Kommission, wie in vertraulichen Besprechungen der Landesversammlung selbst, ergab sich von vornherein allseitige Uebereinstimmung darüber, dass, obschon das Herzogtum unter dem Regenten einer Reihe glücklicher Jahre sich erfreut habe, doch das Provisorium bei längerer, ungewisser Dauer schwere Missstände mit sich bringe, und dass es daher dringend zu wünschen sei, dem Lande wieder zu einer endgültigen Regelung der Regierungsverhältnisse zu verhelfen. Die auf dem Geblütsrecht beruhende Thronfolge der jüngeren hannoverschen Linie des Hauses Braunschweig sei dieser durch die Landesverfassung³⁾ ausdrücklich gewährleistet; der Grund ihrer Behinderung liege nach Inhalt des Bundesbeschlusses vom 2. Juli 1885 in ihrem Verhältnis zu Preussen. Es müsse mit allen gegebenen Mitteln versucht werden, diese Gegensätze zu beseitigen: die berufenen Stellen, die im Bundesrate vertretenen deutschen Regierungen, würden sicherlich einen geeigneten Weg zur Herbeiführung eines Ausgleichs zu finden wissen, die Pflicht der Landesvertretung aber gebiete es, jetzt auf Klärung der Sachlage hinzuwirken.

Von diesen Erwägungen ausgehend, brachte in der Landtagssitzung vom 25. September die staatsrechtliche Kommission durch ihren Berichterstatter⁴⁾ folgende Resolution in Vorschlag:

„Bei dankbarster Anerkennung der vielfachen und hohen Segnungen, welche das Braunschweigische Land der Herrschaftsführung seines verewigten Regenten verdankt,

1) Der Regentschaftsrat besteht nach § 2 des schon erwähnten G. vom 16. Februar 1879 No. 3 (des sog. Regentschaftsgesetzes) aus den drei stimmführenden Mitgliedern des Staatsministeriums, dem Präsidenten der Landesversammlung und dem Präsidenten des Oberlandesgerichts.

2) Nach § 4 des G. führt der Regentschaftsrat die Regierung mit allen Rechten und Pflichten einer Regierungsvormundschaft, doch dürfen während seiner Amtierung Verfassungsänderungen nicht stattfinden und Orden oder Titel nur insoweit verliehen werden, als sie

mit einem Amte „nach Ueblichkeit verbunden sind.“

3) Neue Landschafts-Ordnung vom 12. Oktober 1832 § 14: „Die Regierung wird vererbt im Fürstl. Gesamthause Braunschweig-Lüneburg nach der Linealerbfolge und dem Recht der Erstgeburt, und zwar zunächst im Mannesstamm aus rechtmässiger, ebenbürtiger und hausgesetzlicher Ehe. — Erlischt der Mannesstamm des Fürstl. Gesamthauses, so geht die Regierung auf die weibliche Linie nach gleichen Grundsätzen über.“

4) Den Abg. Retemeyer, Oberbürgermeister von Braunschweig.

vermag die Landesversammlung sich gleichwohl der Ansicht nicht zu verschliessen, dass eine längere, ungewisse Fortdauer des im Gesetze vom 16. Februar 1879 vorgesehenen Provisoriums dem inneren Frieden und damit der Wohlfahrt des Herzogtums nicht förderlich sein würde. Die Landesversammlung hält sich bei Abgabe dieser Erklärung des Einverständnisses der Einwohnerschaft des Landes für versichert, die durchweg von dem lebhaften Wunsche beseelt ist, baldigst eine endgültige Ordnung der Regierungsverhältnisse herbeigeführt zu sehen.

Die Erreichung dieses Zieles haben bisher die Gegensätze verhindert, welche zwischen der Krone Preussen und dem derzeitigen Haupte der jüngeren Linie des Braunschweigischen Herzogshauses, deren Rechte in bezug auf den Braunschweigischen Thron durch die Neue Landschaftsordnung gewährleistet sind, bestehen und im Beschlusse des Bundesrates vom 2. Juli 1885 zum Ausdruck gebracht sind. Es liegt der Landesversammlung fern, zu diesen Gegensätzen nach der einen oder andern Richtung hin Stellung zu nehmen; dass sie verschwinden, liegt jedoch ohne Frage im Interesse des Herzogtums, und die Landesversammlung hält daher für geboten und den gegenwärtigen Zeitpunkt für geeignet, dass nicht sofort zur Wahl eines neuen Regenten geschritten, vielmehr zunächst an zuständiger Stelle der Versuch gemacht werde, auf eine Beseitigung der vorgedachten Gegensätze hinzuwirken. Dass dabei die berechtigten Interessen des Reiches einerseits und des Herzogtums andererseits voll gewahrt bleiben müssen, ist selbstverständlich.

Im Vertrauen auf den hochherzigen Sinn Sr. Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preussen und das Pflichtgefühl Sr. Königlichen Hoheit des Herzogs von Cumberland und zu Braunschweig und Lüneburg gegenüber dem berechtigten Ansprüche des Landes auf baldige endgültige Entscheidung richtet daher die Landesversammlung an den Hohen Regentschaftsrat den Antrag:

den Reichskanzler als Vorsitzenden des Bundesrates zu ersuchen, die zur Beseitigung der bezeichneten Gegensätze geeigneten Schritte zu tun und zugleich diese Resolution zur Kenntniss der Königl. Preussischen Staatsregierung und Sr. Königl. Hoheit des Herzogs von Cumberland und zu Braunschweig und Lüneburg zu bringen.“

Der Antrag, sofort zur Beratung stellt, ward ohne Debatte einstimmig angenommen und der Landtag darauf bis auf weiteres vertagt.

Auf Grund des § 4 des Regentschaftsgesetzes hatte der Regentschaftsrat alsbald nach dem Tode des Prinzen Albrecht an den deutschen Kaiser das Ersuchen gerichtet, Sorge dafür tragen zu wollen, dass für die Dauer der provisorischen Regierungsverwesung das Verhältnis Braunschweigs zum Reiche, namentlich das Stimmrecht im Bundesrat der Reichsverfassung entsprechend geordnet und über die Ausübung der militärischen Hoheitsrechte die von Sr. Majestät für erforderlich erachtete Anordnung getroffen werde. Vom Reichskanzler war darauf dem Regentschaftsrat unterm 22. September die Mitteilung gemacht, der Kaiser habe von dem an ihn gerichteten Schreiben mit Dank Kenntnis genommen und wegen der geäusserten Wünsche „die geeignete Einleitung zu befehlen“ geruht, sodass der Regentschaftsrat bei der Durchführung der ihm obliegenden wichtigen Aufgaben sich der vollen Unterstützung Sr. Majestät und Sr. Regierung gewiss halten dürfe. Nachdem nun der Landtag die obige Resolution abgegeben hatte, brachte das Staatsministerium sie, ihrem Schlussantrage gemäss, zur Kenntnis des Reichskanzlers, des preussischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und des Herzogs von Cumberland. Das Schreiben an den

Reichskanzler war mit folgenden Bemerkungen begleitet :

„Die Resolution bekundet zunächst die Ansicht der Landesversammlung, dass eine längere ungewisse Fortdauer des im Landesgesetz vom 16. Februar 1879 vorgesehenen Provisoriums dem inneren Frieden und damit der Wohlfahrt des Herzogtums nicht förderlich sein würde, und weist darauf hin, dass die Einwohnerschaft des Landes durchweg von dem lebhaften Wunsche beseelt sei, baldigst eine endgültige Ordnung der Regierungsverhältnisse herbeigeführt zu sehen. Den Weg zur Erreichung dieses Zieles erblickt die Landesversammlung in der Beseitigung der Gegensätze, welche zwischen der Krone Preussen und dem derzeitigen Haupte der jüngeren Linie des Hauses Braunschweig bestehen und in dem Beschlusse des Bundesrates vom 2. Juli 1885 zum Ausdruck gebracht sind. Die Landesversammlung hält daher nach ihrer Resolution für geboten und den gegenwärtigen Augenblick für geeignet, dass nicht sofort zur Wahl eines Regenten geschritten, vielmehr zunächst an zuständiger Stelle der Versuch gemacht werde, auf eine Beseitigung jener Gegensätze hinzuwirken.

Wir können nicht umhin, auch unsererseits anzuerkennen, dass die provisorische Gestaltung der Regierungsverhältnisse im Herzogtume schon jetzt nicht ohne nachteiligen Einfluss auf die öffentlichen politischen Verhältnisse des Landes, namentlich auf die Parteibildungen in demselben gewesen sind. Wir können ferner die Befürchtung nicht abweisen, dass jener nachteilige Einfluss zum Schaden des Landes und insbesondere auch einer neuen Regentschaft sich verschärfen und erweitern würde, wenn jetzt ohne weiteres der Regentschaftsrat und die Landesversammlung in dem durch das Gesetz vom 16. Februar 1879 vorgeschriebenen Verfahren die Wahl eines neuen Regenten bewirkten, ohne zuvor alles, was ihnen nach der Landesverfassung und der Stellung des Herzogtums im und zum Reiche möglich, getan zu haben, um zu bewirken, dass auf dem Wege, den die Resolution, wie oben ausgeführt, im Auge hat, an die Stelle des Provisoriums ein Definitivum, d. h. die Uebernahme der Regierung seitens des zur Thronfolge im Herzogtume nach der in der Landesverfassung beurkundeten Thronfolgeordnung berufenen Agnaten gesetzt werde.

Die Herzogliche Landesregierung ist nicht darüber im Zweifel, — und dies kommt auch in der Resolution der Landesversammlung zum Ausdruck —, dass auf jenem Wege die endgültige Ordnung der Regierungsverhältnisse im Herzogtume ausgeschlossen sein würde, wenn die Tatsachen, welche den Bundesrat nach dem Inhalt des von ihm unterm 2. Juli 1885 gefassten Beschlusses bestimmt haben, die Ueberzeugung der verbündeten Regierungen dahin auszusprechen, dass die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung nicht vereinbar sei, noch jetzt unverändert fortbestehen, und wenn deren Beseitigung zurzeit unüberwindliche Hindernisse sich entgegenstellen. In der Oeffentlichkeit ist stets und bis in die neueste Zeit behauptet worden, dass jene Verhältnisse unverändert fortbeständen, dass insbesondere Seine Königliche Hoheit der Herzog von Cumberland die von ihm geltend gemachten Ansprüche auf Gebietsteile des Bundesstaates Preussen nicht ausdrücklich und zweifellos aufgegeben habe. Auch die Resolution der Landesversammlung geht von dieser Auffassung, welche der unsrigen entspricht, aus. In dem Augenblicke jedoch, wo das Herzogtum Braunschweig vor der Neuwahl eines Regenten steht, welche der Verlängerung des Provisoriums auf vermutlich lange Zeit gleichkommen würde, muss dem Herzogtume daran liegen, zunächst von zuständiger Stelle des Reichs eine Erklä-

rung zu erhalten, ob in der Tat die Tatsachen, welche in dem Bundesratsbeschlusse vom 2. Juli 1885 bekundet worden, auch im gegenwärtigen Augenblicke noch bestehen. Wird diese Frage bejaht, so knüpft sich daran für das Herzogtum die in der Resolution zum Ausdrucke gebrachte weitere und wichtigste Frage, ob angesichts der schwerwiegenden Interessen des Herzogtums, um welche es sich handelt, eine Beseitigung jener Tatsachen nicht möglich sei.

Das Herzogtum ist, seit es mit dem Tode des letzten Herzogs aus der älteren Linie des Hauses Braunschweig in die Lage gekommen, seine Regierungsverhältnisse auf Grund des Landesgesetzes vom 16. Februar 1879 zu regeln, stets, eingedenk seiner Pflichten gegen das Reich, bestrebt gewesen, die ihm aus seiner eigentümlichen Lage erwachsenden Aufgaben unter sorgfältiger Wahrung und Pflege des Reichsgedankens zu erfüllen. Dankbar hat das Herzogtum andererseits anzuerkennen, dass es stets auf solchem Wege die Unterstützung der Organe des Reichs gefunden hat. Die Herzogliche Landesregierung glaubt sich daher auch in der gegenwärtigen ernsten Lage des Herzogtums vor allem an die Hohe Reichsregierung wenden zu sollen. Euer Durchlaucht bitten wir zunächst ganz ergebenst um eine Mitteilung darüber, ob die Tatsachen, auf welche sich der Bundesratsbeschluss vom 2. Juli 1885 stützt, noch jetzt unverändert fortbestehen. Wenn dies der Fall, so erlauben wir uns ferner, der Lage des Herzogtums Rechnung tragend, zu Eurer Durchlaucht geneigter Erwägung zu verstellen, ob sich den Organen des Reichs Mittel und Wege bieten würden, auf die Ausgleichung der Gegensätze, welche zwischen der Krone Preussen und dem Herzoge von Cumberland bestehen, hinzuwirken. Daran knüpfen wir endlich die ganz ergebenste Bitte, die Anwendung der sich etwa bietenden Mittel in der bezeichneten Richtung herbeizuführen und von dem Ergebnisse uns gütigst Kenntnis zu geben.

Dem Bundesrat wird schon indirekt Anlass zu einer Stellungnahme zu der gegenwärtigen Gestaltung der Regierungsverhältnisse im Herzogtume gegeben sein, wenn es sich um die demnächst erforderliche Prüfung der Legitimation der Braunschweigischen Bundesratsbevollmächtigten handelt.

Bei der Prüfung der Angelegenheit haben wir nicht übersehen, dass die Behinderung Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs von Cumberland an der Uebnahme der Regierung des Herzogtums in dessen Verhältnis zum Bundesstaat Preussen seinen Grund hat, dass mithin, wenn es sich um Aenderungen jenes Verhältnisses handeln würde, die Entschliessungen der Hohen Königlich Preussischen Staatsregierung in Betracht kämen. Der Grund, welcher uns bestimmt hat, die Resolution der Landesversammlung zunächst der Hohen Reichsregierung zu unterbreiten, ist oben dargelegt. Wir haben aber nicht verfehlt, Abschriften der Resolution und dieses Schreibens dem Königlich Preussischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten mit einem Begleitschreiben zu geneigter Kenntnisnahme zu übermitteln. Es ist damit dem in der Resolution ausgesprochenen Ersuchen der Landesversammlung, die Angelegenheit auch der Königlich Preussischen Staatsregierung zu unterbreiten, entsprochen.

Wenn endlich noch in der Resolution beantragt worden, dieselbe Seiner Königlichen Hoheit dem Herzoge von Cumberland und zu Braunschweig und Lüneburg zu unterbreiten, so haben wir dem, wie wir Ew. Durchlaucht ganz ergebenst mitzuteilen nicht verfehlen, entsprochen, indem wir Abschrift der Resolution mit einem von allen weiteren

sachlichen Erörterungen oder Anträgen absehenden Begleitschreiben an jene Adresse zur Kenntnissnahme abgesandt haben.

Braunschweig, den 25. September 1906.

Herzogl. Braunschw.-Lüneb. Staatsministerium.
von Otto.“

Während der Herzog von Cumberland sich darauf beschränkte, den Empfang der Resolution und des Begleitschreibens durch den Chef seiner Hofverwaltung mit Dank bestätigen zu lassen, gingen seitens des Reichskanzlers und des preussischen Ministers folgende Erwidierungen ein, beide datiert Homburg v. d. Höhe, den 3. Oktober 1906.

Vom Reichskanzler:

„Dem Herzoglich Braunschweig.-Lüneburgischen Staatsministerium beehre ich mich auf das an mich als Reichskanzler gerichtete Schreiben vom 25. v. Mts. zu erwidern, dass ich den Bundesratsbeschluss vom 2. Juli 1885, durch welchen die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig für nicht vereinbar erklärt worden ist mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung, für mich so lange als massgebend behandeln muss, als derselbe nicht durch einen neuen Beschluss des Bundesrats aufgehoben oder abgeändert worden ist. Einen solchen aufhebenden oder abändernden Beschluss herbeizuführen, sehe ich mich nicht in der Lage.

Demgemäss habe ich die Möglichkeit einer Uebernahme der Regierung von Braunschweig durch den Herzog von Cumberland unter der obwaltenden Sachlage ausser Betracht zu lassen.

Es ergibt sich aus dem Vorstehenden, dass ich eine weitere Antwort auf die von dem Herzoglich Braunschweigisch-Lüneburgischen Staatsministerium an mich gestellten Fragen, welche die Möglichkeit einer Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig zur Voraussetzung haben, zurzeit nicht zu geben vermag. Die in dem Schreiben des Herzoglichen Staatsministeriums wie auch in der damit mitgeteilten Resolution des Braunschweigischen Landtags zum Ausdruck gebrachten reichstreuen Gesinnungen geben die Zuversicht, dass das Herzogliche Staatsministerium auch bei der ihm jetzt obliegenden Regelung der Verhältnisse im Herzogtum die allgemeinen Reichsinteressen im Auge behalten wird.

Der Reichskanzler.
von Bülow.“

Vom preussischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten:

„Dem Herzoglich Braunschweig.-Lüneburgischen Staatsministerium beehre ich mich auf das an das Königliche Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten gerichtete Schreiben vom 25. v. M. mitzuteilen, dass die in dem Bundesratsbeschluss vom 2. Juli 1885 aufgeführten Gründe, aus denen damals die Regierung des Herzogs von Cumberland für nicht vereinbar erklärt worden ist mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung, nach der Ueberzeugung der Königl. Staatsregierung noch heute Geltung haben. In dem durch den früheren Beschluss gekennzeichneten Verhältnis des Herzogs zu Preussen ist eine entscheidende Aenderung nicht eingetreten. Auch bestehen noch immer, und zwar unter mindestens stillschweigender Duldung des Herzogs, welfische Bestrebungen, die sich in ihrem Endziel auf die preussische Provinz Hannover erstrecken. Es kann Preussen nicht zugemutet werden, dass es in dem benachbarten Bundesstaat

eine welfische Regierung dulde, durch die der preussische, unter dem Schutze der Reichsverfassung stehende Besitzstand gefährdet werden würde.

Die Königl. Staatsregierung würde hiernach einem etwaigen Antrag auf Aufhebung oder Abänderung des Bundesratsbeschlusses vom 2. Juli 1885 ihre Zustimmung versagen müssen. Sie glaubt auch zur Zeit nicht in der Lage zu sein, ihrerseits Schritte zu unternehmen, um eine Aenderung des in dem Bundesratsbeschluss gekennzeichneten Verhältnisses des Herzogs zu Preussen herbeizuführen.

Der Königlich Preussische Minister der auswärtigen Angelegenheiten.
von Bülow.“

Der Empfang dieser Schreiben veranlasste den Regentschaftsrat sofort, den Landtag auf den 18. desselben Monats wieder zusammenzurufen. Auch machte er wenige Tage hernach Mitteilung von einem Schriftenwechsel, der zwischen dem Herzog von Cumberland und dem deutschen Kaiser, sowie dem Reichskanzler infolge der durch die Landtagsresolution gegebenen Anregung stattgefunden hatte.

Das Schreiben des Herzogs von Cumberland an „Des Deutschen Kaisers und Königs von Preussen Majestät“ lautete:

Durchlauchtigster Grossmächtigster Kaiser und König
freundlich lieber Vetter und Bruder!

Die Resolution, welche die Landesversammlung des Herzogtums Braunschweig zur neuen Ordnung der Regierungsverhältnisse des Herzogtums am 25. v. Mts. angenommen und das Herzogliche Staatsministerium mir zur Kenntnis gebracht hat, gibt mir Anlass, an Eure Kaiserliche und Königliche Majestät mit einer freundlichen Bitte mich zu wenden.

Es ist mein Wunsch, eine endgültige Ordnung der Regierungsverhältnisse im Herzogtume Braunschweig auf dem Wege herbeigeführt zu sehen, dass ich und mein ältester Sohn Prinz Georg Wilhelm unsere Rechte auf die Regierung im Herzogtume auf meinen jüngsten, nach Braunschweigischem Hausgesetz volljährigen Sohn Prinzen Ernst August übertragen und dass dieser als Herzog die Regierung übernimmt. Mir und meinem ältesten Sohne, sowie dessen Deszendenz, würde die Succession in Braunschweig für den Fall vorbehalten bleiben, dass die Linie meines jüngsten Sohnes erlöschen sollte.

Die Verzichtleistung auf den Braunschweigischen Thron würden ich und mein ältester Sohn aussprechen, sobald die Gewissheit besteht, dass der Regierungsübernahme meines jüngsten Sohnes keine Hindernisse entgegenstehen.

Diese meine Absicht und meinen Wunsch bitte ich dem Allergnädigsten Wohlwollen Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät empfehlen zu dürfen.

Mit der Versicherung der vollkommensten Hochachtung und Freundschaft verbleibe ich

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät

freundwilliger Vetter und Bruder

Gmunden, den 2. Oktober 1906.

m. p. Ernst August.

Der Reichskanzler hatte gleichzeitig Abschrift dieses Handschreibens erhalten mit dem Ersuchen, von dessen Inhalt, sobald er es für angezeigt halte, dem Bundesrat Kenntnis zu geben und mit der fernerer „freundlichen Bitte“, der Verwirklichung des Sr. Maj. dem Kaiser unterbreiteten Vorschlages geneigte Unterstützung angedeihen lassen zu wollen.

Vom Kaiser war die nachstehende Erwiderung erfolgt:

„Jagdhaus-Rominten, den 5. Oktober 1906.

An

des Prinzen Ernst August von Grossbritannien
und Irland, Herzogs von Cumberland, Königliche
Hoheit.

Durchlauchtigster Fürst, freundlich lieber Vetter!

Euerer Königlichen Hoheit Schreiben vom 2. Oktober habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Die Regierung in Braunschweig ist durch Bundesratsbeschluss vom 2. Juli 1885 in der nach Lage der Verhältnisse durch die Interessen des Reichs gebotenen Weise geregelt. Als berufener Hüter dieser Interessen muss ich Anstand nehmen, zu einer Neuregelung die Hand zu bieten, solange die Sach- und Rechtslage unverändert fortbesteht, die zu gedachtem Bundesratsbeschlusse geführt hat. Der Inhalt Euerer Königlichen Hoheit Schreibens bietet aber keinen Grund, diese Lage als verändert anzusehen.

Ich sehe mich daher ausser Stande, der mir von Euerer Königlichen Hoheit ausgesprochenen Bitte näher zu treten.

Euere Königliche Hoheit bitte ich, die Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung entgegenzunehmen, mit der ich bin

Euerer Königlichen Hoheit
freundlich und ergebener Vetter
Wilhelm

Deutscher Kaiser, König von Preussen.“

Der Reichskanzler hatte unterm 7. Oktober geantwortet, er müsse sich betreffs der erbetenen Mitteilung des ihm zugegangenen Schreibens an den Bundesrat eine Entschliessung vorbehalten, sehe sich aber zu seinem Bedauern ausser Stande, die gewünschte Unterstützung des Sr. Maj. dem Kaiser unterbreiteten Vorschlages zuzusagen. Die Gesichtspunkte, nach denen er als Reichskanzler, wie als preussischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten pflichtmässig die braunschweigische Frage zu behandeln habe, seien in zwei in dieser Eigenschaft von ihm mit Genehmigung Sr. Maj. des Kaisers an die braunschweigische Regierung gerichteten, inzwischen der Oeffentlichkeit übergebenen Schreiben dargestellt. „Von dem in diesen Schreiben eingenommenen Standpunkte aus glaube ich in Ew. Königl. Hoheit Vorschlag eine für die Reichsinteressen annehmbare Lösung nicht erblicken zu können.“

Von diesem Schriftwechsel war dem braunschweigischen Staatsministerium seitens des Herzogs von Cumberland Nachricht gegeben (Schreiben vom 9. Oktober) mit der Erklärung, dass er die von der Landesversammlung am 25. September einstimmig gefasste Resolution, weil sie für das legitime Recht eintrete, als deutscher Fürst mit warmer Freude begrüsst und durch sein Schreiben an Sr. Maj. den deutschen Kaiser seiner besten Ueberzeugung nach das weitgehendste Entgegenkommen bewiesen habe, um so lebhafter daher die Abweisung seiner Bitte bedauern müsse.

„Die für die Ablehnung meines Vorschlages angeführten Gründe, so heisst es dann weiter, vermag ich in keiner Richtung anzuerkennen, denn durch die von mir vorgeschlagene Neuregelung der Regierungsverhältnisse im Herzogtume wird meines Erachtens die Sach- und Rechtslage wesentlich verändert und ganz unerfindlich ist mir, inwiefern die Regierungsübernahme meines jüngsten Sohnes im Herzogtum Braunschweig die Inter-

essen des mächtigen Deutschen Reiches sollte gefährden können. Ich beschränke mich, hier nur darauf hinzuweisen, dass der Bundesratsbeschluss vom 2. Juli 1885, wie schon der Wortlaut ergibt, nur gegen mich, nicht auch gegen die Mitglieder meines Braunschweig-Lüneburg'schen Hauses sich richtet.

An vorstehende Mitteilungen, welche das Land Braunschweig und besonders die Landesversammlung über den im Sinne der Resolution vom 25. v. Mts. von mir unternommenen Ausgleichsversuch und über dessen Zurückweisung aufklären sollen, knüpfe ich das hiermit an Herzogliches Staatsministerium gerichtete dringende Ersuchen,

dieses mein Schreiben mit den Anlagen ohne Verzug, wie mit den an Herzogliches Staatsministerium gerichteten Noten des Deutschen Reichskanzlers und des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten vom 3. d. Mts. geschehen ist, durch die amtlichen „Braunschweigischen Anzeigen“ zur öffentlichen Kenntniss zu bringen und, worauf ich ganz besonderes Gewicht lege, der Landesversammlung vorzulegen, deren erneute Tagung bevorsteht.

Ernst August

Herzog zu Braunschweig und Lüneburg.“

Unter Bezugnahme auf diesen Briefwechsel stellte das Staatsministerium in einem kurz vor Wiederbeginn der Landtagsverhandlungen, am 15. Oktober, der Landesversammlung übermittelten Schreiben fest, dass der durch die Resolution vom 25. September eingeleitete Versuch, eine endgültige Ordnung der Regierungsverhältnisse auf dem gemeinschaftlich vom Landtage und der Landesregierung beschrittenen Wege herbeizuführen, als ergebnislos zu bezeichnen sei und ergebnislos bleiben werde, solange nicht die Ansprüche auf Hannover vom Herzog von Cumberland für sich und seine Söhne in unzweideutiger Weise aufgegeben sein würden. An die Landesversammlung ward demnach das Ersuchen gerichtet, ihr Einverständnis damit zu erklären, dass nunmehr die Wahl eines Regenten nach Massgabe des Gesetzes vom 16. Februar 1879 „in die Wege geleitet werde“. Allein, wie vertrauliche Beratungen der Landtagsmitglieder alsbald ergaben, war für ein solches Vorgehen eine Mehrheit nicht sofort zu finden. Man war nicht gewillt, nach dem ersten Misserfolg auf den Versuch der Herbeiführung des ersehnten „Definitivum“ zu verzichten. Freilich, der zur Beseitigung „des unhaltbaren Zustandes einer dauernden Regentschaft“ von einer zahlreichen Volksversammlung einstimmig vorgeschlagene Weg, den braunschweigischen Staat „durch eine Verfassungsänderung zu einem freien deutschen Staate zu erklären, in welchem die Staatsgewalt durch eine auf Grund des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts gewählte Volksvertretung ausgeübt wird“ — dieser Weg schien niemandem gangbar. Aber nicht eher sollte zur Wahl eines Regenten geschritten werden, als alle Mittel zur Erwirkung eines Ausgleichs zwischen der Krone Preussen und dem Hause Hannover erschöpft seien, und nach glaubhaften Mitteilungen, die über die Stimmung des Hofes zu Gmunden bekannt geworden, durfte man annehmen, es seien von dort noch weitere Zugeständnisse zu erwarten. Die ablehnende Haltung des Reichskanzlers in betreff der erbetenen Vermittelung ward allgemein bedauert, eine Anrufung des Bundesrats zurzeit für zwecklos erachtet. Dagegen meinte man, dem erwünschten Ziele vielleicht näher kommen zu können, wenn die Landesversammlung zu dem bisherigen Haupthindernisse einer Verständigung zwischen Preussen und dem Hofe zu Gmunden, dem Anspruche des Herzogs von Cumberland auf Hannover ausdrücklich und entschieden Stellung nehme: es „werde den Zweck haben, Klarheit über die Auffassung der Landesversammlung zu schaffen und,

wenn irgend möglich, Sr. Königl. Hoheit den Herzog von Cumberland zu bestimmen, auf die fraglichen Ansprüche zu verzichten.“ Diesen Anschauungen entsprach der Bericht der staatsrechtlichen Kommission vom 19. Oktober.

„Der Verzicht auf Hannover“, wird dort gesagt, „ist nach Ansicht der staatsrechtlichen Kommission die Grundlage, auf der allein die im Interesse des Landes dringend wünschenswerte Verständigung erreicht werden kann . . . Die Frage ob der Verzicht auf Hannover angängig sei, ist schon seit so langer Zeit erörtert und ohne Zweifel auch von Sr. Königl. Hoheit dem Herzoge von Cumberland so ernst und eingehend erwogen worden, dass die Fassung eines endgültigen Entschlusses durch den Herzog im Hinblick auf dessen Pflichten dem Lande gegenüber binnen kurzer Frist würde erwartet werden dürfen; und es erscheint daher angezeigt und unbedenklich, dem Regentschaftsrat zu empfehlen, bis zum Ablaufe einer solchen Frist von der Vorbereitung der Wahl eines Regenten Abstand zu nehmen.

Würde auch dieser Versuch ohne Erfolg bleiben, so könnte der Landesversammlung wenigstens das Anerkenntnis nicht versagt werden, dass sie den Ausgleich zwischen der Krone Preussen und dem Herzoge von Cumberland zwar unter rückhaltloser Anerkennung der Rechte des Herzogl. Hauses, aber auch unter Wahrung der Interessen des Reiches redlich angestrebt habe.“

Die Anträge der Kommission gingen hiernach dahin, die Landesversammlung möge

1) ihre Ueberzeugung aussprechen, dass ohne einen endgültigen und vorbehaltlosen Verzicht der sämtlichen Agnaten des Herzogl. Hauses auf Hannover die im Interesse des Landes dringend wünschenswerte Verständigung zwischen der Krone Preussen und dem Herzog von Cumberland nicht zu erhoffen sei,

2) den Regentschaftsrat ersuchen, diesen Beschluss zur Kenntnis des Herzogs von Cumberland, sowie der preussischen Regierung zu bringen,

3) dem Regentschaftsrat anheimgeben, einstweilen den Landtag zu vertagen und erst dann wieder zusammentreten zu lassen, wenn entweder eine die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Regentschaftsrat und Landesversammlung erfordernde Erklärung Sr. Königl. Hoheit eingegangen oder, ohne dass solches geschehen, eine Frist von drei Monaten verstrichen sein wird¹⁾.

1) Der Kommissionsbericht übt zugleich eine scharfe, aber sachlich gerechtfertigte Kritik an dem abweisenden Verhalten des Reichskanzlers gegenüber dem Ansuchen der Landesversammlung vom 25. September, bew. der gleichzeitigen Anfrage des Staatsministeriums, ob die Voraussetzungen, auf die sich der Bundesratsbeschluss vom 2. Juli 1885 stütze, noch fortbeständen. Es heisst darüber im Kommissionsbericht: „Die Erfüllung dieses Wunsches dürfte nicht abgelehnt werden mit der Begründung, dass der Bundesratsbeschluss für den Reichskanzler massgebend sein müsse, solange er nicht aufgehoben oder abgeändert sei. Nicht der Reichskanzler, sondern der Bundesrat, der den Beschluss gefasst hat, war zuständig, die aufgeworfene Frage zu beantworten, und es wäre nach Ansicht der Kommission erforderlich gewesen, eine entsprechende Erklärung der genannten Körperschaft zu erwirken. Dass

der Reichskanzler seinerseits eine Aufhebung des Beschlusses vom 2. Juli 1885 herbeiführen solle, ist ihm von keiner Seite zugemutet. Der Kommission ist keine Verfassungsbestimmung oder sonstige Norm bekannt, die den Reichskanzler ermächtigte, eine ihm als Vorsitzenden des Bundesrats unterbreitete, die wichtigsten Interessen eines Einzelstaats berührende, zur Zuständigkeit des Bundesrats gehörende Frage dieser Körperschaft nicht vorzulegen, vielmehr — wenn auch nach seiner gewissenhaften Ueberzeugung — selbständig zu beantworten.“ Gewiss nicht! Gesch.-Ordnung für den Bundesrat § 9. Auch die Rechtfertigung des Reichskanzlers in der Reichstagssitzung vom 1. Mai d. J. widerlegt diesen Vorhalt nicht, sondern wiederholt nur die Begründung des Schreibens vom 3. Oktober, die sich mit dem tatsächlichen Inhalt des gestellten Ersuchens gar nicht deckt.

Am 23. Oktober ward im Landtage über diese Anträge beraten. Nach einigen einleitenden Bemerkungen des Berichterstatters ergriff der Staatsminister von Otto das Wort, stimmte namens des Regentschaftsrates dem Kommissionsbericht darin bei, dass nur bei einem offenen und ehrlichen Verzicht auf Hannover der Regierung eines Mitgliedes des Hauses Braunschweig Hindernisse nicht entgegenstehen würden, erklärte, dass in einem solchen Falle die Landesregierung die Beseitigung etwa sich noch erhebender Schwierigkeiten nach besten Kräften anstreben werde, und bat, sofern für eine endgültige Entschliessung des Herzogs von Cumberland die von der Kommission vorgeschlagene weitere Frist genehmigt werde, nach Möglichkeit dahin wirken zu wollen, dass der Widerstreit der Parteiungen sich nicht noch weiter verschärfe, sondern dem Herzogtum der innere Friede tunlichst bewahrt werde. Die Abstimmung über die Kommissionsanträge ergab dann deren einmütige Annahme.

Es vergingen nun einige Monate gespannter Erwartung. Während in Gmunden die Entschliessung sich von Woche zu Woche verzögerte, entfalteten die welfischen Parteien in Wort und Schrift eine Agitation von zügelloser Heftigkeit, die sich unausgesetzt in den leidenschaftlichsten und gehässigsten Angriffen auf den leitenden Minister Luft machte und in Stadt und Land Massenversammlungen und Massendemonstrationen mit demagogischem Geschick in Szene setzte¹⁾.

Endlich, am 15. Dezember, löste ein dem braunschweigischen Staatsministerium zugehendes Schreiben den Druck der Gemüter. Der Herzog von Cumberland ersuchte das Ministerium, dem Regentschaftsrat und der Landesversammlung seine Entschliessungen dahin mitzuteilen:

„Ich erkenne es dankbar an, dass die Landesversammlung durch Aussetzung der Regentenwahl dem Wunsche nach Erledigung der Angelegenheit durch Mich, den Rechten Meines Hauses entsprechend, Geltung verschafft hat. Freilich muss Ich der Landesversammlung die Berechtigung bestreiten, Mir und Meinem Hause eine Verzihtsbedingung zu stellen, die weder in der Landes- noch in der Reichsverfassung ihre Begründung findet.

Meine Uebernahme der Regierung des Herzogtums war und ist von keiner Bedingung abhängig. Selbstverständlich bin Ich verpflichtet, wie die Landesverfassung so auch die Reichsverfassung in allen Stücken zu beobachten. Diese Pflicht ergab sich aber aus der Mir zugefallenen Erbfolge im Herzogtume Braunschweig ganz von selbst. Und ebenso ergibt sich aus Meinem Erbrechte, dass niemand — weder die Braunschweigische Landesversammlung, noch eine deutsche Staatsregierung, noch auch das Reich selbst — etwas anderes von Mir verlangen kann und darf, als dass Ich diese Pflicht gegen Kaiser und Reich gewissenhaft erfülle.

Im Bewusstsein dieser Pflicht habe Ich die Reichsverfassung ausdrücklich und feierlich anerkannt. Ich habe allerdings Meine Ansprüche auf die Krone Hannover nicht aufgegeben, halte aber, gestützt auf namhafte staatsrechtliche Autoritäten und Gutachten, sowie auf analoge Präzedenzfälle im Deutschen Reiche, diesen Anspruch mit der rückhaltlosen Anerkennung der Reichsverfassung für durchaus vereinbar. Dabei bin

1) Eine nicht geringe Förderung bot diesem Vorgänge angeschlagene, überhebende und Treiben, namentlich in seiner Richtung gegen schulmeisternde Ton, der dem bescheidenen vermeintlich preussische Bevormundungen und Mass der Einsicht in die Sach- und Rechtslage Uebergriffe der von der Mehrzahl der preussischen Zeitungen bei Beurteilung der hiesigen durchaus nicht entsprach und vielfach bitternd gewirkt hat.

Ich Mir Meiner Pflicht genau bewusst, ihn niemals anders als auf reichsverfassungsmässigem Wege geltend machen zu dürfen. Es ist dies von Mir wiederholt öffentlich ausgesprochen und ebenso erklärt worden, dass jedes den Frieden des Deutschen Reiches und der ihm angehörenden Staaten störende oder bedrohende Unternehmen Meinen Absichten fernliegt, dass Ich als deutscher Fürst Mein deutsches Vaterland treu und aufrichtig liebe und nie wissentlich veranlassen oder gutheissen werde, dass mit den zu Meiner Verfügung stehenden Mitteln feindliche Unternehmungen gegen des Königs von Preussen Majestät oder den preussischen Staat angestiftet oder gefördert werden.

Ich erhoffe deshalb auch heute noch die Verwirklichung Meines Rechtsanspruchs auf die Krone Hannover nur und allein durch eine freie Tat des deutschen Kaisers, Königs von Preussen Majestät und des Deutschen Reiches, — wahrlich nicht durch fremde Macht und Hilfe. In dieser Hoffnung weiss Ich Mich auch in voller Uebereinstimmung mit allen Hannoveranern, die in der überaus schweren, über Volk und Fürstenhaus verhängten Prüfung Mir die Treue halten, dabei aber ebensowenig wie Ich selbst vergessen, dass die gewissenhafte Erfüllung der Pflicht gegen das deutsche Vaterland es von uns erheischt, nicht Einzelinteressen über Recht und Frieden der Gesamtheit zu stellen und zu deren Schaden und Gefahr zu verfolgen.

Gleichwohl will man in diese Meine Versicherungen kein Vertrauen setzen. Man sagt, Ich würde den braunschweigischen Thron zum Mittelpunkt preussenfeindlicher, welfischer Agitationen machen.

Ich beklage dieses nicht durch Mich verschuldete Misstrauen. Zu seiner Beseitigung aber steht Mir zurzeit nur die Versicherung zu Gebote, dass, wenn Ich Mein Wort gebe, wie Ich es in dieser Sache getan, die Welt wissen soll, es sei ein festes und sicheres Wort, an dem zu drehen und zu deuteln Niemandem gestattet ist.

Aber eben deshalb, weil alle Welt sich auf Mein Wort verlassen soll, kann und darf Ich einen Verzicht auf die Krone von Hannover, wie er von Mir verlangt wird, nicht aussprechen. Ich habe auch zu Meinen deutschen Mitfürsten, insbesondere zu Seiner Majestät dem deutschen Kaiser, Könige von Preussen das feste Zutrauen, dass sie in Meiner Lage einen solchen Verzicht genau ebensowenig vollziehen würden wie Ich.

Geboren am Throne des Königreichs Hannover; in der Schlacht von Langensalza an der Seite Meines Königlichen Vaters im Kampfe für eine Sache, die damals so vielen, jetzt reichstreuen Fürsten mit Uns gemeinsam war; mit Ihm bittend um einen annehmbaren Frieden und abgewiesen; Sein Erbe, nicht zwar im tatsächlichen Besitze des Thrones, aber in der rechtlichen Verwahrung gegen die Unserm Lande und Haus ange-tane Gewalt; getragen wie Er von einer Liebe der Hannoveraner, die seit 40 Jahren als leuchtendes Beispiel deutscher Treue der Stolz des gesamten deutschen Volkes sein müsste — und da sollte, da könnte Ich dies Erbe der Liebe und Treue verleugnen?

Es erfüllt Mich mit tiefem Schmerz, dass so manche Braunschweiger diese Unmöglichkeit nicht verstehen. Ich begreife das Verlangen der Landesversammlung nicht und lege ihr, sowie dem ganzen braunschweigischen Volke die Frage vor, was dem Herzogtum mit einem Fürsten gedient sein könnte, der mit solcher Verleugnung und Selbsterniedrigung, mit solchem Verrat an Treue und Glauben sich den Einzug in die Stadt Heinrichs des Löwen erkaufen möchte.

Es ist dies aber auch eine Lebens- und Ehrenfrage deutscher Monarchie, die nicht nur Mich und Mein Haus, sondern alle Meine deutschen Mitfürsten angeht.

Wenn Ich mich danach mit Rücksicht auf Ehre und Gewissen ausser Stande sehe, für Mich auf die Ansprüche auf die Krone Hannover zu verzichten, so bin Ich Mir doch der Aufgabe wohl bewusst, Meine fürstliche Pflicht gegen Braunschweig ebenso treu und gewissenhaft zu erfüllen wie gegen Hannover.

Deshalb bin Ich, wie Meine beiden Söhne, von dem lebhaftesten Wunsche beseelt, in dem Uns so teuren Herzogtume Braunschweig, mit dem Unser Haus durch eine fast tausendjährige Geschichte nicht minder wie mit Hannover verknüpft ist, wieder eine tatsächliche Ordnung der Regierung hergestellt zu sehen, die der Verfassung des Herzogtums, wie den Rechten Unseres Hauses entspricht. Mit dankbarer Freude habe Ich stets die in diesem Sinne ergangenen Kundgebungen der treuen Braunschweiger begrüsst und mit besonderer Genugtuung habe Ich aus der Resolution der Landesversammlung vom 25. September d. Js. ersehen, dass es auch der einstimmige Wunsch der verfassungsmässig berufenen Vertretung des braunschweigischen Volkes ist, dass die Regierung des Herzogtums wieder durch ein Mitglied des angestammten Herrscherhauses ausgeübt werde. Um dies zu ermöglichen, haben Ich und Mein ältester Sohn Uns entschlossen, Unsere persönlichen Interessen und Wünsche dem Interesse des Landes zu opfern und so habe Ich Mich in Meinem Schreiben an Seine Majestät den deutschen Kaiser, König von Preussen vom 2. Oktober d. Js. erboten, für Mich und Meinen ältesten Sohn und dessen Deszendenz auf die Regierung des Herzogtums zu Gunsten Meines jüngsten Sohnes zu verzichten, so dass Mir, Meinem ältesten Sohne und seiner Deszendenz nur nach dem Erlöschen der Linie Meines jüngsten Sohnes die Nachfolge im Herzogtume vorbehalten bliebe, im Einklange mit feststehenden Grundsätzen des deutschen Staatsrechts.

Zu Meinem grössten Bedauern hat Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen diesem Angebot keine Folge gegeben. Wie Ich schon in Meinem Schreiben an das Herzogliche Staatsministerium vom 9. Oktober d. Js. hervorgehoben habe, kann Ich die dafür angegebenen Gründe nicht als zutreffend anerkennen.

Der Bundesratsbeschluss vom 2. Juli 1885 richtet sich nur gegen Meine Person, nicht gegen mein Haus. Das ergibt sich unzweideutig aus seinem Wortlaut. Es folgt aber auch aus seinem Inhalt. Nur Ich bin gegenwärtig in der Lage, Ansprüche auf Gebiete zu erheben, die sich in preussischem Besitze befinden. Nur von Mir wird — wenn auch ohne Berechtigung — gesagt, dass Ich Mich in einem dem verfassungsmässig gewährleisteten Frieden unter Bundesgliedern widersprechenden Verhältnisse zu dem Bundesstaate Preussen befinde. Bei Meinen Söhnen treffen beide Gründe nicht zu. Selbst wenn es aber richtig wäre, dass die Stellungnahme des Chefs des Hauses auch den Mitgliedern zugerechnet werden müsste, so würde doch dieser Einwand bei Durchführung Meines Vorschlages hinfällig werden. Denn, wenn Mein jüngster Sohn regierender Herzog von Braunschweig würde, würden er und seine Nachkommen eine neue, selbständige Linie begründen, die von Meiner und Meiner Nachfolger Hausgewalt völlig unabhängig wäre. Es würde also der Zustand hergestellt, wie er bis 1884 bestanden hat.

So wenig der Hochselige Herzog Wilhelm wegen seiner Eigenschaft als Agnat Unseres Gesamthauses und wegen seiner möglichen Ansprüche auf die Krone Hannover, auf die er nie verzichtet hat und auf die zu verzichten von ihm niemals verlangt ist — dies hat er Mir wiederholt ausdrücklich versichert — von der Regierung seines Herzogtums ausgeschlossen werden konnte, so unbegründet wäre die Ausschliessung Meines jüngsten Sohnes.

Ausserdem aber ist Mein jüngster Sohn bereit, wennes von ihm verlangt wird, für sich und seine Deszendenz auf seine eventuellen Ansprüche auf Hannover zu verzichten; mehr kann er nicht thun, um die Hindernisse seiner Thronbesteigung zu beseitigen.

Wenn Mein Sohn die Regierung in Braunschweig übernehme, so ist es sein fester Wille, allen seinen Bundespflichten nachzukommen, namentlich auch gegen das Königreich Preussen und insbesondere in Bezug auf Hannover. Regierung und Landesversammlung, wie das braunschweigische Volk, würden ihn darin unterstützen und auch zu den Hannoveranern habe Ich die feste Zuversicht, dass sie alles unterlassen würden, was geeignet wäre, die Stellung Meines jüngsten Sohnes in Braunschweig zu erschweren, wie sie es während so langer Zeit unterlassen haben, den Hochseligen Herzog Wilhelm in die politischen Fragen zu verwickeln.

Nach alledem muss Ich Meinen Vorschlag nach wie vor als eine geeignete Lösung der braunschweigischen Frage ansehen und Ich will die Hoffnung noch nicht aufgeben, dass diese Lösung auch von Kaiser und Reich, wie von der Braunschweigischen Landesversammlung als geeignet anerkannt wird.

Die Landesversammlung wird bei ihrem Beschlusse vom 23. Oktober d. Js. die Rechtsfrage geprüft haben; doch liegt die Annahme wohl nicht fern, dass sie zu ihrer Entschliessung wesentlich durch das Antwortschreiben Seiner Majestät des deutschen Kaisers, Königs von Preussen auf Mein Angebot bestimmt ist.

Nun muss Ich annehmen, dass Seine Majestät als berufener Schirmherr des Rechtes, der seine hohe Achtung vor Gesetz und Recht bei so vielen Anlässen öffentlich bezeugt hat, bei der Ablehnung Meines Angebotes Allerhöchst-Sich von rechtlichen Erwägungen hat leiten lassen. Ich muss dies umsomehr annehmen, als die politischen Vorteile, die für das Königreich Preussen durch eine blosse Machtentscheidung der braunschweigischen Frage vielleicht erhofft werden könnten, mit einer Verletzung der geltenden Rechtsordnung und der damit notwendig verbundenen Erschütterung des Rechtsbewusstseins, sowie mit einer Gefährdung der Selbständigkeit aller einzelnen Bundesstaaten, — einer der wichtigsten Grundlagen der Reichsverfassung — doch zu teuer erkaufte wären.

Da es sich also Meines Dafürhaltens um eine verschiedene, rechtliche Beurteilung der Sachlage handelt, so gebe Ich anheim, die strittige Rechtsfrage:

ob Mein jüngster Sohn bei Durchführung Meiner Vorschläge die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt, die sich aus der Reichs- und Landesverfassung für seine Thronbesteigung im Herzogtum Braunschweig ergeben, einem Präzedenzfalle aus jüngster Zeit folgend, der Entscheidung des Reichsgerichtes als Schiedsgericht zu unterbreiten.

Demgemäss ersuche Ich den Regentschaftsrat und die Landesversammlung, die zur Verwirklichung Meiner Anheimgabe erforderlichen Schritte zu unternehmen.“

Wien-Penzing, den 15. Dezember 1906.

Ernst August,
Herzog zu Braunschweig und Lüneburg.

Das Staatsministerium liess das Schreiben unverzüglich der Landesversammlung zu-gehen, mit dem Bemerken, dass der Regentschaftsrat sich die Entschliessungen, zu denen es Anlass geben werde, noch vorbehalten müsse.

Die Sprache des Herzogs machte auch in Kreisen, die den Bestrebungen der welfischen Parteigänger völlig fern gestanden hatten, einen durchaus günstigen Eindruck. Dass der Herzog die ihm bewahrte Treue den Hannoveranern auch seinerseits nicht verleugnen und den Einzug seiner Dynastie in Braunschweig nicht durch einen Verzicht auf seine Stammlande erhandeln wollte, war ein Zeichen ehrenhaften Sinnes. Der in Vorschlag gebrachte Ausweg — Verzicht des Thronanwärters und seines ältesten Sohnes auf Braunschweig zu gunsten des jüngeren Prinzen bei gleichzeitiger Verzichtleistung des Letzteren für sich und seine Deszendenz auf die hannoverschen Lande — schien auch für Preussen nicht von vornherein schlechthin ungangbar zu sein, da den persönlichen Verhältnissen der beiden Fürsten nach mit aller Wahrscheinlichkeit zu erwarten war, dass die vorbehaltenen Ansprüche auf Hannover nicht weiter vererbt, sondern mit den beiden Prätendenten dermaleinst auch wieder erlöschen, also kaum eine ernstere Bedeutung haben würden. Mindestens liess sich über das Anerbieten weiter verhandeln. Allerdings hatte der Landtag, dem Erachten des Regentschaftsrates folgend, die Ueberzeugung ausgesprochen, es werde ohne endgültigen, vorbehaltlosen Verzicht sämtlicher Agnaten des Herzogl. Hauses auf Hannover die Nachfolge in Braunschweig nicht zu erlangen sein, aber die Entscheidung darüber, welche Bedingungen für die Zulassung zur braunschweigischen Thronfolge im Interesse des Reiches, wie Preussens, zu stellen seien, lag doch allein beim Bundesrat. Die in neuerer Zeit eingetretenen verwandtschaftlichen Beziehungen des Herzogs zu mehreren deutschen Fürstenhäusern mochten auch im Bundesrat vielleicht Neigung hervorrufen, einen Ausgleich zu erleichtern und zu befördern. Für ein schiedsgerichtliches Urteil, wie bei dem lippeschen Thronstreit, war hier, wo keine Rechts-, sondern nur eine politische Frage vorlag, überall kein Raum gegeben. Aber der Bundesrat musste sprechen. Denn ob die Voraussetzungen, auf welche der Beschluss vom 2. Juli 1885 sich gründete, auch jetzt noch zutreffend seien, durfte mindestens fraglich erscheinen. Jener Beschluss richtete sich in seinem Tenor nur gegen die Person des Herzogs von Cumberland und die in ihrer Tragweite darüber hinausgreifende Begründung, entnommen aus der Aufrechterhaltung der Ansprüche auf Hannover, ward hinfällig in betreff des Prinzen Ernst August, der bei Zulassung in Braunschweig auf jene Ansprüche unbedingt, für sich und seine Deszendenz, zu verzichten bereit war. Es schien daher, wofern man nicht den Rechtsboden völlig unter den Füßen verlieren wollte, vor allen weiteren Schritten unerlässlich, eine Entscheidung des Bundesrates darüber herbeizuführen, ob ungeachtet der geänderten Sachlage der Beschluss vom 2. Juli 1885 auch jetzt noch als rechtsbeständig anzusehen sei.

Diesen Anschauungen, die in wiederholten Beratungen der staatsrechtlichen Kommission sich nachdrücklich geltend machten, entsprach der Regentschaftsrat nach einigem Zögern, dann aber aus eigner Entschliessung durch einen am 10. Januar einstimmig beschlossenen „Antrag Braunschweigs an den Bundesrat, betreffend die Gestaltung der Regierungsverhältnisse im Herzogtum Braunschweig“. Die Eingabe gibt zunächst einen Ueberblick über die durch den Tod des Prinzen Albrecht herbeigeführten Ereignisse und fährt dann fort:

„Die braunschweigische Regierung ist zu der Ansicht gelangt, dass die Sach- und Rechtslage, welche zu dem Beschlusse des Bundesrats vom 2. Juli 1885 geführt und in

dem Beschlusse Ausdruck gefunden hat, als durch die Erklärungen Sr. Königl. Hoheit des Herzogs von Cumberland verändert anzusehen sei. Allerdings hält der Herzog von Cumberland noch immer nach seiner ausdrücklichen Erklärung die Ansprüche auf Gebietsteile des Bundesstaates Preussen aufrecht; insofern ist keine Aenderung eingetreten. Als in Betracht zu ziehender erbberechtigter Thronfolger im Herzogtum Braunschweig erscheint aber nicht der Herzog von Cumberland, sondern unter der Voraussetzung der Verzichte des Herzogs von Cumberland und dessen ältesten Sohnes auf die Thronfolge in Braunschweig der jüngste Sohn des Herzogs von Cumberland, Prinz Ernst August, geboren den 17. November 1887. Der § 15 der Neuen Landschaftsordnung vom 12. Oktober 1832, der Verfassung des Herzogtums, schreibt vor, dass: „der Landesfürst mit vollendetem 18. Jahre volljährig“ wird. Man könnte einwenden, dass die als Voraussetzung bezeichneten Verzichte zur Zeit noch nicht in Erfüllung gegangen, die Verzichte daher auch als bestehende Tatsachen nicht in Betracht zu ziehen seien. Dass aber jene Verzichte, wenn feststeht, dass ihre Leistung dem Prinzen Ernst August den Weg zum Antritt der Regierung im Herzogtume öffnet, geleistet werden, ist nach den Erklärungen des Herzogs von Cumberland nicht zu bezweifeln. Bei dem in den Verzichten auf Braunschweig liegenden tiefen Eingriffe in die Thronfolgeordnung des Herzogtums wird man die Verzichte nur für den Fall fordern wollen, dass die beabsichtigte Wirkung zuvor gesichert ist.

Den zuständigen Organen des Herzogtums Braunschweig bietet sich hiernach bei der nach der Landesverfassung, insbesondere nach dem zu derselben gehörenden Regentschaftsgesetze vom 16. Februar 1879 Nr. 3 vorzunehmenden neuen Gestaltung der Regierungsverhältnisse im Herzogtume für die Entscheidung der Frage, ob die Regierung des jüngsten Sohnes des Herzogs von Cumberland, des Prinzen Ernst August, in Braunschweig unter der Voraussetzung der zugesagten Verzichte mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung vereinbar sei, keine Grundlage mehr. Eine solche ist insbesondere in dem Bundesratsbeschlusse vom 2. Juli 1885, der sich ausschliesslich auf den Herzog von Cumberland als den erbberechtigten Thronfolger im Herzogtume und auf die Frage bezieht, ob dessen Regierung in Braunschweig mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung vereinbar sei, nicht zu finden.

Hätten die Organe des Herzogtums ihre Entschlüsse lediglich von rein braunschweigischen Gesichtspunkten aus zu fassen, wäre das Herzogtum in dieser Lage allein auf sich angewiesen, so würde der Uebernahme der Regierung seitens des Prinzen Ernst August unter den mehrerwähnten Voraussetzungen nichts im Wege stehen. Der Prinz Ernst August würde auf Grund der in der Neuen Landschaftsordnung von 1832 beurkundeten Regierungserbfolge nach dem Ausfall der beiden ältesten Agnaten der erbberichtigte Thronfolger im Herzogtume sein. Mit der Uebernahme der Regierung seitens desselben würde die provisorische Ordnung der Regierungsverhältnisse im Herzogtume beendet sein, auf deren Nachteile das Herzogliche Staatsministerium in dem Eingange seines an den Herrn Reichskanzler gerichteten Schreibens vom 25. September v. J. hingewiesen hat. Die Herzogliche Regierung ist aber, — und darin hat sie bis jetzt stets das Einverständnis der Landesversammlung gefunden, — nie darüber im Zweifel gewesen und ist nicht im Zweifel darüber, dass das Herzogtum die schwebende Frage nicht vom einseitig braunschweigischen Standpunkte aus zu lösen, vielmehr dabei als Glied

des Deutschen Reiches auch die aus dieser Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche erwachsenen Pflichten dem Deutschen Reiche selbst und den übrigen Bundesstaaten gegenüber zu erfüllen habe. Von dieser Auffassung ausgehend haben sich die massgebenden Organe des Herzogtums, die Regierung und die Landesvertretung, den Bundesratsbeschluss vom 2. Juli 1885 zur Richtschnur dienen lassen. Der neuen Sachlage gegenüber versagt nach der Ansicht der Herzoglichen Staatsregierung dieser Bundesratsbeschluss. Eine neue Richtschnur an die Stelle zu setzen, liegt ausserhalb der Grenzen der Zuständigkeit des Einzelstaates. Braunschweig aber bedarf derselben.

In dem die schwebende Frage betreffenden amtlichen Verkehr des Herzoglichen Staatsministeriums mit dem Königlich Preussischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und insbesondere mit dem Herrn Reichskanzler ist unter Hinweis auf den Bundesratsbeschluss vom 2. Juli 1885 zur Kenntnis der Herzoglichen Regierung gebracht, dass die Thronbesteigung eines Angehörigen des Hauses Braunschweig im Herzogtume ohne einen Verzicht des gesamten Hauses Braunschweig auf Hannover unzulässig sei. In der Sache zu entscheiden, ist der Staat Braunschweig nicht zuständig. Deshalb derselbe eine Richtschnur für sein weiteres Vorgehen in der Gestaltung der Regierungsverhältnisse im Herzogtum aus dem Bundesratsbeschlusse von 1885 zu entnehmen nach seiner Ansicht nicht in der Lage ist, ist oben dargelegt. Es bleibt der Herzoglichen Regierung nur der Weg übrig, durch Anrufen des Bundesrats einen Beschluss desselben herbeizuführen, welcher dem Staate Braunschweig in der Gestaltung der Regierungsverhältnisse, soweit dabei die aus den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung abzuleitenden Interessen des Reichs und des Bundesstaates Preussen in Betracht kommen, zur Richtschnur dienen wird. Wenn die Herzogliche Regierung den Weg der Anrufung des Bundesrats beschreitet, so befindet sie sich damit im vollen Einklange mit der öfter bekundeten Auffassung der Landesversammlung des Herzogtums. Ein anderer Weg aus der gegenwärtigen schwierigen Lage bietet sich der Herzoglichen Regierung nicht.

Hiernach stellt Braunschweig den Antrag:

„der Bundesrat wolle darüber beschliessen, ob bei einem Verzicht des Herzogs von Cumberland und dessen ältesten Sohnes auf den Braunschweigischen Thron und bei Aufrechterhaltung der unter den Gründen des Bundesratsbeschlusses vom 2. Juli 1885 erwähnten Geltendmachung von Ansprüchen auf Gebietsteile des Bundesstaates Preussen seitens des Herzogs von Cumberland die Regierung des nach jenem Verzicht zur Thronfolge in Braunschweig berufenen jüngsten Sohnes des Herzogs von Cumberland, des Prinzen Ernst August, in Braunschweig, sofern derselbe für sich und seine Deszendenz auf Hannover verzichte, mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung vereinbar sei, und die Verständigung Braunschweigs von dem Beschlossenen veranlassen.“

gez. von Otto.

Am 17. Januar trat der Landtag wieder zusammen. Namens der staatsrechtlichen Kommission brachte deren Berichterstatter die nachfolgende, schriftlich eingehend begründete Resolution ein:

„Es hat der Landesversammlung fern gelegen, durch ihren Beschluss vom 23. Oktober 1906 Sr. Königl. Hoheit dem Herzoge von Cumberland und zu Braunschweig und Lüneburg oder einem Angehörigen Seines Hauses Bedingungen für den Antritt der Re-

gierung des Herzogtums stellen zu wollen; sie hat sich vielmehr, weil sie eine endgültige Regelung der Regierungsverhältnisse im Interesse des Landes für dringend wünschenswert hielt, lediglich für befugt und verpflichtet erachtet, die Voraussetzungen zu bezeichnen, unter denen ihr derzeit dieses Ziel zweifellos erreichbar schien.

Wenngleich diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, so erkennt sie doch auch ihrerseits an, dass die Verhältnisse, unter denen die Resolution vom 23. Oktober 1906 zustande gekommen, durch die Erklärung Sr. Königl. Hoheit des Herzogs von Cumberland vom 15. Dezember 1906 eine Aenderung erfahren haben, und sie erklärt sich daher mit der bereits erfolgten Anrufung des Bundesrats durch den Regentschaftsrat in der Hoffnung einverstanden, dass durch den vom Bundesrate zu fassenden Beschluss der erstrebte Ausgleich erzielt, wenigstens aber Klarheit darüber geschaffen werde, unter welchen Voraussetzungen die Uebernahme der Regierung des Herzogtums durch ein Mitglied des Herzoglichen Hauses seitens des Bundesrats für zulässig erachtet wird.

Die Landesversammlung ersucht den Regentschaftsrat, diesen Beschluss zur Kenntnis des Bundesrats und Sr. Königl. Hoheit des Herzogs von Cumberland zu bringen.“

Die Beratung des Antrages verschob man auf den folgenden Tag. Ein im Beginn der Verhandlungen dieses Tages aus der Mitte der Versammlung eingehender Antrag,

die Landesversammlung möge den Regentschaftsrat ersuchen, die braunschweigischen Stimmen im Bundesrat bei Abstimmung über die braunschweigische Thronangelegenheit zu Gunsten des Herzogs abgeben zu lassen,

ward vom Antragsteller bald wieder zurückgezogen. Dann erklärte der Staatsminister, dass der Regentschaftsrat nicht in der Lage sei, den von der staatsrechtlichen Kommission vorgeschlagenen Beschluss dem Bundesrat vorzulegen. Indem die Landesregierung nunmehr die Entscheidung des Bundesrates von neuem angerufen habe, sei von ihr die Pflicht erfüllt, sich mit der Stellungnahme der Landesversammlung im Einklang zu halten. Anträge bei dem Bundesrat einzugeben, sei das Recht allein der Regierung, die auch allein die Verantwortung dafür trage. Was im Interesse und zur Beruhigung des Landes sich habe tun lassen, sei mit Anrufung des Bundesrats geschehen. Bringe die Regierung auch die zur Beratung stehende Resolution dort zur Kenntnis, so stelle sie sich damit auf deren Standpunkt und trete aus der dem Bundesrat gegenüber bisher eingenommenen völlig objektiven Haltung heraus. Um den Wünschen des Landtages entgegenzukommen, wolle sie aber ihren Bevollmächtigten in Berlin anweisen, dass er dem Referenten des Bundesrats den jetzt zu fassenden Beschluss mit der Anheimgabe, vom Inhalt desselben dem Bundesrat selbst Kenntnis zu geben, mitteile. Sie werde aber gleichzeitig erklären lassen, dass sie ihrerseits zum Inhalt jenes Beschlusses Stellung weder genommen habe, noch nehme, dass sie vielmehr auf ihren eigenen Antrag und dessen Begründung sich beziehen müsse. Der Abgeordnete Krüger erwiderte, dass die Entschliessung darüber, auf welchem Wege dem Bundesrat die Kenntnisnahme vom Beschluss des Landtages zu übermitteln sei, lediglich dem Ermessen der Regierung zu überlassen sein werde, und trug in der Sache selbst darauf an,

im zweiten Absatz der Resolution hinter den Worten: „Der erstrebte Ausgleich erzielt“ nachzufügen „werde“ und damit den Satz unter Streichung der folgenden Worte („wenigstens aber „bis“ erachtet wird“) zu schliessen,

statt dessen aber hinzuzufügen:

„Die Landesversammlung gibt dabei zugleich ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck, dass

nach erfolgtem Ausgleich durch den Regierungsantritt Sr. Königl. Hoheit des Prinzen Ernst August die bundesfreundlichen Beziehungen des reichstreuen Herzogtums zum Nachbarstaat Preussen nicht werden beeinträchtigt werden.“

Nachdem gegenüber diesen Zusatzanträgen und der ihnen gegebenen Begründung der Staatsminister die Befürchtung geäußert hatte, es würden auch nach einer Thronbesteigung des Prinzen Ernst August die zwischen dem Hofe zu Gmunden und der Provinz Hannover bestehenden Verbindungen nicht abgebrochen werden und diese den welfischen Treibereien nur neuen Nahrungsstoff zuführen, erklärte der Berichterstatter in einem Schlusswort, dass derartige Besorgnisse zwar schwerlich abzuweisen, gleichwohl aber seitens der Kommission gegen die eingebrachten Aenderungsanträge Bedenken nicht zu erheben seien. Man schritt daher zur Abstimmung, in welcher die Resolution mit den vorgeschlagenen Abänderungen die einmütige Annahme der vollzähligen Versammlung fand. Der Landtag ward dann abermals vertagt. —

Im Bundesrate war der Antrag Braunschweigs, betreffend die Gestaltung der Regierungsverhältnisse im Herzogtum, dem vereinigten Justiz- und Verfassungsausschuss zur Vorberatung überwiesen worden. Auf Antrag des Berichterstatters¹⁾ beschlossen die beiden Ausschüsse in ihrer Sitzung vom 27. Februar, dem Bundesrate anheimzugeben:

„1) die Ueberzeugung der verbündeten Regierungen dahin auszusprechen, dass, solange Sr. Königl. Hoheit der Herzog von Cumberland oder ein Mitglied Seines Hauses sich in einem dem reichsverfassungsmässig gewährleisteten Frieden unter Bundesgliedern widerstreitenden Verhältnisse zu dem Bundesstaate Preussen befindet und Ansprüche auf Gebietsteile dieses Bundesstaates erhebt, auch die Regierung eines anderen Mitgliedes des Herzogl. Hauses Braunschweig-Lüneburg in Braunschweig mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung nicht vereinbar sei, selbst wenn dieses Mitglied gleichzeitig mit dem Verzicht der übrigen Mitglieder des Hauses auf Braunschweig seinerseits für sich und seine Deszendenz allen Ansprüchen auf das frühere Königreich Hannover entsagt,

dass demnach durch die dem Bundesrate vorgelegten Erklärungen Sr. Königl. Hoheit des Herzogs von Cumberland in den Schreiben an Sr. Majestät den Deutschen Kaiser, König von Preussen, vom 2. Oktober 1906 und an das Herzogl. Braunschweig-Lüneburgische Staatsministerium vom 15. Dezember 1906 eine entscheidende Aenderung in der dem Beschlusse des Bundesrats vom 2. Juli 1885 — § 422 der Protokolle — zu Grunde liegenden Sach- und Rechtslage nicht eingetreten sei;

2) die braunschweigische Regierung hiervon in Erledigung ihres Antrages zu verständigen.“

Der braunschweigische Staatsminister, welcher an der Beratung der Anträge teilnahm, hatte den Wunsch, die Bedingungen, unter denen ein Ausgleich mit dem Hause Hannover möglich sei, bestimmter festgestellt, mindestens aber die Unklarheit beseitigt zu sehen, welche in den (aus dem Beschluss vom 2. Juli 1885 herübergenommenen) Worten lag, laut deren der Herzog von Cumberland „sich in einem dem reichsverfassungsmässig gewährleisteten Frieden unter Bundesmitgliedern widerstreitenden Verhältnisse zum Bundesstaat Preussen befinde.“ Ein auf Beseitigung dieses Zusatzes von Braunschweig für den Fall der Annahme des Referentenantrags gestellter Unterantrag ward jedoch in den Ausschüssen

1) Des Königl. Sächsischen Bundesbevollmächtigten Grafen Vitzthum von Eckstädt.

mit allen Stimmen abgelehnt und der Antrag des Referenten unverändert und einstimmig angenommen. In der tags darauf, am 28. Februar, stattfindenden Sitzung des Bundesrats selbst trat dieser dem Antrage der Ausschüsse, wieder mit Stimmeneinhelligkeit, bei. Der Vertreter Braunschweigs enthielt sich der Abstimmung.

Nachdem somit die Entscheidung gefallen, ward der braunschweigische Landtag wieder einberufen unter Wiederholung des schon früher¹⁾ an ihn gerichteten Antrages, sich mit der Einleitung der vorbereitenden Schritte zur Regentenwahl einverstanden zu erklären. Vergeblich suchten die welfischen Parteien, die in den vorangegangenen Monaten selbst und mit allem Nachdruck die Anrufung des Bundesrates gefordert hatten, nun, da der Erfolg ihren Wünschen so wenig entsprach, der Landesvertretung die Einsicht beizubringen, dass der Bundesratsbeschluss „lediglich einer Ueberzeugung Ausdruck gebe, mit der nach der Reichsverfassung Rechtswirkungen hinsichtlich der Regierungsverhältnisse des Herzogtums überall nicht verbunden seien.“ Der unbelehrbare Landtag genehmigte in der Sitzung vom 12. März auf Vortrag des Berichterstatters und nach ausführlichen Mitteilungen des Staatsministers über die Verhandlungen im Bundesrat und in dessen Ausschüssen einstimmig eine von der staatsrechtlichen Kommission empfohlene Resolution, die folgenden Wortlaut hatte:

„Nach dem Beschlusse des Bundesrates vom 28. Februar d. J. sind die Bemühungen der Landesversammlung, einen Ausgleich zwischen der Krone Preussen und Sr. Königl. Hoheit dem Herzoge von Cumberland und zu Braunschweig und Lüneburg herbeizuführen und damit eine endgültige Regelung der Regierungsverhältnisse im Herzogtum zu ermöglichen, als gescheitert anzusehen.

Da die Landesversammlung ausser Stande ist, noch weitere Massnahmen zu empfehlen, durch welche das von ihr erstrebte Ziel erreicht werden könnte, so beschliesst sie, sich in Gemässheit der Regierungsvorlage vom 1. März d. J. damit einverstanden zu erklären, dass nunmehr die Wahl eines Regenten nach Massgabe des Gesetzes vom 16. Februar 1879 Nr. 3 in die Wege geleitet werde.

Die Landesversammlung ersucht gleichzeitig den Regentschaftsrat, diesen Beschluss zur Kenntnis „Sr. Königl. Hoheit des Herzogs von Cumberland zu bringen“²⁾.

Die nun gewiesenen weiteren Schritte wurden vom Regentschaftsrat ohne Zögern eingeleitet — soweit irgend geboten, in enger Fühlung mit dem Landtage oder doch wenigstens mit dessen staatsrechtlicher Kommission. Unter den fürstlichen Persönlichkeiten, die für die Wahl des Regenten in Betracht kommen konnten, hatte die öffentliche Meinung von vornherein ihre Gunst vornehmlich dem Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg zugewendet, welcher sich während der Minderjährigkeit des Grossherzogs Friedrich Franz IV. als Regent seines Heimatlandes bereits aufs beste bewährt hatte. Auch im Landtage liess sich für ihn eine Stimmenmehrheit mit ziemlicher Sicherheit erwarten. Aber vor der Wahlhandlung bedurfte es noch der Feststellung der dem Regenten zukommenden Zivilliste. Die

1) In der oben erwähnten Vorlage vom 15. Oktober 1906.

2) Vom Herzog von Cumberland war übrigens am gleichen Tage eine Rechtsverwahrung gegen den ihm braunschweigerseits mitgeteilten Bundesratsbeschluss vom 28. Februar bei dem Staatsministerium eingelaufen. Sie entspricht ziemlich genau einem auch gegen den früheren Beschluss vom 2. Juli 1885 ein-

gelegten Protest und wiederholt die Erwartung, dass die berufenen Organe des Herzogtums ihre fortdauernde Pflicht nicht vergessen würden, mit allen reichs- und verfassungsmässigen Mitteln dafür einzutreten, dass dem legitimen Souverän die Führung der Regierung nicht weiter behindert und sein Thronrecht, wie das Thronrecht seines Fürstenhauses ungeschmälert erhalten bleibe.

„zur Bestreitung des Bedarfs des Landesherrn und seines Hauses“ dienende, auf den Reinertrag des Kammergutes verfassungsmässig angewiesene Jahresrente hatte sich zu Lebzeiten des Herzogs Wilhelm zuletzt auf 825 322 $\frac{2}{3}$ M. belaufen¹⁾ und war nach Einsetzung der Regentschaft des Prinzen Albrecht noch einige Jahre hindurch im bisherigen Betrage fortgezahlt, im Jahr 1888 aber auf das entschiedenste, durch dringende Anträge des Chefs der Hofverwaltung veranlasste Begehren des Regenten nach Ueberwinden eines lebhaften Widerstandes im Landtage um 300 000 M. — indes unter ausdrücklicher Beschränkung auf die Dauer jener Regentschaft — erhöht worden. Da nun die verfügbaren Mittel seither nicht nur zur Bestreitung der laufenden Verwaltungskosten der Hofhaltung — und zwar in angemessenster Weise —, sondern auch zur Deckung mehrerer ausserordentlicher Aufwendungen von namhaftem Belange, zu deren Uebernahme die Hofstatt zudem von Rechts wegen nicht verbunden war²⁾, vollauf hingereicht, die für Bewilligung des Zuschusses massgebenden Berechnungen sich mithin als irrig erwiesen hatten, so war eine Herabminderung der Rente um mindestens jährlich 80 000 M. nicht nur ohne jeden Nachteil für eine würdige Repräsentation der Hofhaltung für zulässig zu halten, sondern im Hinblick auf die neuerdings sehr misslich gewordene Finanzlage des Landes pflichtmässig geboten. Auch der Regentschaftsrat vertrat diese Auffassung auf Grund der von ihm angestellten sorgfältigen Prüfung des Etats der Hofstaatskasse mit Entschiedenheit, begegnete aber in den nunmehr eingeleiteten vertraulichen Verhandlungen mit dem Beauftragten des Herzogs Johann Albrecht der Ansicht, dass es im Fall der Wahl Sr. Hoheit zum Regenten dessen Stellung nach aussen hin Abtrag tun müsse, wenn der seit einer Reihe von Jahren gezahlte Zuschuss von 300 000 M. schon vor Uebernahme der Regierungsverwesung herabgesetzt werde, und dass daher der Herzog einer solchen Massnahme nicht werde zustimmen können: wohl aber sei er bereit, späterhin auf Grund eigener Erfahrungen Erwägungen über die Möglichkeit einer Ermässigung der Rente eintreten zu lassen und eventuell nach eigenem Ermessen eine Herabminderung zu verfügen.

Es war nicht zu verkennen, dass unter diesen Verhältnissen die finanzielle Bedeutung der zu erledigenden Frage zurücktreten musste gegenüber deren möglichen politischen Tragweite. Und da der Wunsch des Landes, die Neuordnung der Regierungsverhältnisse baldigst erledigt zu sehen, ein so allseitiger und dringender war, dass jede weitere Verzögerung vom Uebel zu sein schien, so verständigte sich die staatsrechtliche Kommission unterm 22. Mai 1907 über einen bei dem Landtag einzubringenden Initiativantrag des Inhalts, dass die Landesversammlung zur ferneren Gewährung des Zuschusses zur landesfürstlichen Rente im Betrage von 300 000 M. jährlich, zahlbar für die Dauer der künftigen Regentschaft, die Zustimmung erklären und die Herzogl. Landesregierung einem entsprechenden Beschlusse beitreten möge.

Der Antrag ward in der Landtagssitzung vom 27. Mai verhandelt und gegen einige verneinende Stimmen (6) angenommen. Der Staatsminister von Otto sprach namens des Regentschaftsrats dessen Einverständnis mit dem gefassten Beschluss aus, gab einen Ueberblick über die seit dem Tode des Prinzen Albrecht zum Zweck der Neuordnung der Regie-

1) Nach dem Finanznebenvertrag vom 12. Okt. 1832, einem Anhang zum Landesgrundgesetz, nur auf 237 000 Taler; eine Vereinbarung vom 7. März 1873 vermehrte dann diesen Betrag dauernd um 30 000 Taler.

2) Dahin gehören namentlich die Kosten für den Wiederaufbau der Burg Dankwarderode mit rund 700 000 Mk., für Anlage eines öffentlichen Parks in der Stadt Braunschweig mit etwa 276 000 Mk. und für den völligen Umbau des Hoftheaters einschl. Herstellung eines Interimsbaues mit ungefähr 620 000 Mk.

rungsverhältnisse von Regentschaftsrat und Landesversammlung ergriffenen Schritte und überreichte den nachfolgenden Antrag:

„Der Regentschaftsrat für das Herzogtum Braunschweig an die Landesversammlung. Gestützt auf den Beschluss des Bundesrates vom 28. Februar d. J., welcher der Landesversammlung mit dem Schreiben des Herzogl. Staatsministeriums vom 1. März d. J. mitgeteilt worden, ist in demselben Schreiben nach Anordnung des Regentschaftsrats an die Landesversammlung der schon in einer Vorlage vom 15. Oktober v. J. gestellte Antrag erneuert,

das Einverständnis damit zu erklären, dass nunmehr die Wahl eines Regenten nach Massgabe des Gesetzes vom 16. Febr. 1879 Nr. 3, die provisorische Ordnung der Regierungsverhältnisse bei einer Thronerledigung betreffend, in die Wege geleitet werde.

Die Landesversammlung hat dem Antrage in ihrer Sitzung vom 12. März d. Js. einstimmig entsprochen.

Nachdem die eine Wahl vorbereitenden Schritte geschehen und die vorgängigen Verhandlungen jetzt zu Ende geführt worden, ist es, da die Behinderung des Thronfolgers an der aktuellen Ausübung der Regierung noch fortdauert, auch ein zur Regentschaft Berechtigter die Regierungsverwesung zu übernehmen nicht in der Lage gewesen ist, nach § 6 des oben erwähnten Gesetzes von 1879 die Aufgabe des Regentschaftsrats, einen Regenten aus der Zahl der volljährigen nicht regierenden Prinzen der zum Deutschen Reiche gehörenden souveränen Fürstenhäuser der Landesversammlung vorzuschlagen. Der Regentschaftsrat erfüllt diese Aufgabe, indem er damit der Landesversammlung

Seine Hoheit den Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg
zum Regenten des Herzogtums in Vorschlag bringt.

Möge die hiernach der Landesversammlung obliegende Entschliessung dem Herzogtume zum Heil und Segen gereichen!“

Tags darauf, am 28. Mai, fand die Wahl statt. Einstimmig folgte die Landesversammlung dem Vorschlag des Regentschaftsrats. Einstimmig genehmigte sie auch im unmittelbaren Anschluss an die Wahlhandlung eine von ihrem Vizepräsidenten (zugleich Vorsitzenden der staatsrechtlichen Kommission), dem Abgeordneten Langerfeldt in Vorschlag gebrachte Erklärung, mittels deren im Gegensatz zu den vielfach stattgehabten Anfeindungen und Verdächtigungen dem Regentschaftsrat, dem Staatsministerium und insbesondere dem Staatsminister von Otto für die treue Fürsorge, mit der in ernster Zeit die Vertreter der Landesregierung um des Landes Wohlfahrt bemüht gewesen, und für das den Wünschen der Landesvertretung stets bewiesene Entgegenkommen vertrauensvoll der wärmste Dank ausgesprochen wurde.

Nachdem der Herzog Johann Albrecht schon am 1. Juni der an ihn vom Regentschaftsrat und dem Landtag entsendeten Abordnung seine Bereitwilligkeit zur Führung der Regentschaft erklärt hatte, hielt er am 5. jenes Monats seinen Einzug in die herzogliche Residenz. Noch am gleichen Tage erschien das Patent, in welchem er die auf ihn gefallene Wahl förmlich annahm, den Antritt seiner Regierung verkündete und dem landesgesetzlichen Gebot des Erlasses der „Reversalen“ entsprach, indem er bei fürstlichem Wort versicherte, die Landesverfassung in allen ihren Bestimmungen beobachten, aufrechterhalten und beschützen zu wollen (NLO. § 4, 20). Am Tage darauf ward der Landtag geschlossen. Eine bewegte Zeit hatte damit ihre Endschaft erreicht, eine politisch, wie staatsrechtlich bedeutsame Episode der braunschweigischen Landesgeschichte ihren Abschluss gefunden.

Das Oeffentliche Recht der Gegenwart.

Als erster Band des systematischen Theiles des Ö. R. d. G. ist erschienen:

Deutsches Reichsstaatsrecht.

Von Dr. Paul Laband,

ord. Professor des deutschen Rechts an der Universität Strassburg.

(Neubearbeitung auf der Grundlage der 3. Auflage des Laband'schen
kleinen Staatsrechts.)

Lex. 8. 1906. M. 8.—. Gebunden M. 9.60.

In der Subscription auf das ganze Sammelwerk 10% Ermässigung vom Ladenpreis
des broschirten Exemplars.

Vorläufiges Verzeichnis der bis jetzt gewonnenen Mitarbeiter:

S. — Mitarbeit am systematischen Teil des Werkes. J. — Mitarbeit am Jahrbuch des Oeffentlichen Rechts.

J. S.	Anschütz (Heidelberg)	Preussen Band I Verfassung Band II Verwaltung
" "	Ashworth (London)	Britische Kolonien
" "	Blomberg (Upsala)	Schweden
S.	Böckel (Jena)	Thüringische Staaten
J. S.	Brückner (Schwerin)	Beide Mecklenburg
" "	van Calker (Giessen)	Hessen
" "	Errera (Brüssel)	Belgien
" "	Fardis (Paris)	Frankreich (Verwaltung)
" "	Fleiner (Tübingen)	Schweiz
" "	Fleischmann (Halle)	Anhalt, Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck
" "	Freund (Chicago)	Amerika
" "	Goos u. Hansen (Kopenhagen)	Dänemark
" "	von Göz (Stuttgart)	Württemberg
" "	Grassmann (München)	Bayern (Verwaltung)
J.	Hatschek (Posen)	England
J. S.	Inowye (Kioto)	Japan
" "	Laband (Strassburg)	Deutsches Reich
S.	Lebon (Paris)	Frankreich (Verfassung)
" "	Marczali (Budapest)	Ungarn (Verfassung)
J. S.	Markus (Budapest)	Ungarn (Verwaltung)
" "	Morgenstierne (Christiania)	Norwegen
" "	Orlando (Rom)	Italien
S.	Piloty (Würzburg)	Politik Bayern (Verfassung)
J. S.	Posada (Madrid)	Spanien
" "	Rhamm (Braunschweig)	Braunschweig
" "	Saripolos (Athen)	Griechenland
" "	Schücking (Marburg)	Oldenburg
" "	Seelig (Hamburg)	Hansestädte
J.	Ulbrich (Prag)	Oesterreich
J. S.	Ullmann (München)	Völkerrecht
" "	Walz (Heidelberg)	Baden

Mit Gelehrten des Auslandes schweben Unterhandlungen über die Staatsrechte
aller in obiger Uebersicht nicht aufgeführten Staaten.

Verlagsbuchhandlung J. C. B. MOHR (Paul Siebeck) in Tübingen.

Das „Jahrbuch des Oeffentlichen Rechts“ I 1907 (Preis M. 11.—, gebunden M. 12.60; bei Subscription auf das ganze Sammelwerk M. 9.90, geb. M. 11.50) enthält:

I. Abhandlungen:

1. Die geschichtliche Entwicklung der Reichsverfassung seit der Reichsgründung. Von Staatsrat Professor Dr. P. Laband, Strassburg i. E.
2. Die Entwicklung der Staatsrechtswissenschaft seit 1866. Von Geh. Justizrat Professor Dr. Ph. Zorn, Bonn a. Rh.
3. Die Haager Konferenz von 1899 und die Weiterbildung des Völkerrechts. Von Professor Dr. E. von Ullmann, München.
4. Jurisprudenz und Gesetzgebung. Von Professor Ernst Freund, Chicago.
5. Justizreform. Von Professor Dr. A. Mendelssohn-Bartholdy, Würzburg.
6. Gesetzliche und parlamentarische Regierung in Ungarn. Von Dr. Gust. Steinbach, Wien.
7. Die amerikanische Präsidentenwahl. Von Professor John W. Burgess, New-York.

II. Berichte.

A. Deutschland.

1. Preussen.

Zur Entwicklung des öffentlichen Rechts in Preussen im Jahre 1906. Von Professor Dr. G. Anschütz, Heidelberg.

2. Bayern.

Das bayerische Landtagswahlgesetz vom 9. April 1906. Von Ministerialrat Dr. Jos. Grassmann, München.

3. Württemberg.

Verfassungsrevision und Verwaltungsreform in Württemberg. Von Geheimrat Dr. K. von Göz, Stuttgart.

4. Baden.

Die badische Verfassungsreform des Jahres 1904. Von Bürgermeister Professor Dr. E. Walz, Heidelberg.

5. Braunschweig.

Die Neuordnung der Regierungsverhältnisse in Braunschweig. Von Landsyndikus A. Rhamm, Braunschweig.

6. Mecklenburg.

Von Landgerichtspräsident Brückner, Schwerin.

B. Ausland.

1. Belgien.

Die neueste Entwicklung des Verfassungsrechtes in Belgien. Von Professor Paul Errera, Brüssel.

2. Dänemark.

Dänemark's Gesetzgebung im Jahre 1906. — Das Auflösungsrecht. Von Henrik Hansen, Kopenhagen.

3. Schweiz.

Die Fortbildung der Schweizerischen Bundesverfassung seit dem Jahre 1874. Von Professor Dr. F. Fleiner, Tübingen.

4. Spanien.

Das Staats- und Verwaltungsrecht in Spanien 1906. Von Professor Adolfo Posada, Madrid.

